

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,
Wien. I., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.
=====

21. Jahrgang. Wien, 17. Dezember 1918.

№ 482.

Die Schliessung der Theater.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über des Ansuchen der Theaterdirektoren um Aufhebung der Theatersperre am Samstag, Sonntag und an den Weihnachtsfeiertagen. Der Stadtrat lehnte nach einer eingehenden Wechselrede, an der sich Vicebgm. Reumann und die Stadträte Emmerling, Hellmann, Hohensinner, Pick, Spalowsky, Tomola, Vaugoin und Winter beteiligten, das Ansuchen einstimmig ab. Der Stadtrat könne es nicht verantworten, angesichts der herrschenden Notlage, welche die Sperrung der Schulen und anderer Bildungsstätten erforderlich mache, die Aufhebung der Theatersperre bei der Landesregierung zu beantragen. Der Stadtrat mache den Staatsrat darauf aufmerksam, dass es nicht zweckmässig sei, irgendwelche Ausnahmen der allgemein verfügetn Spar- und Sperrmassnahmen zu bewilligen, dagegen sei das Staatsamt für sociale Fürsorge anzugehen, die staatliche Fürsorge für arbeitslos gewordene Theaterangestellte eintreten zu lassen.

als Erholungsheim für unterernährte Kinder sofort in Benützung zu nehmen, und entsprechend auszugestalten. In jedem der beiden Trakte könnten leicht 170 Kinder untergebracht werden, was bei einem 8 wöchentlichen Aufenthalt jeder Gruppe für das Jahr 1919 2100 Kinder, bei einem 6 wöchigen Aufenthalte aber 2800 Kinder ausmachen würde. Während des Aufenthaltes wäre für die Kinder eine Nachhilfeunterricht einzuführen, damit sie nichts vom Schuljahre versäumen. Dieser Unterricht wäre von der Gemeinde beizustellen, während der ganze Erholungsstättenbetrieb vom Arbeiterverein Kinderfreunde und dem Verein Kinderschutzstationen zu besorgen wäre. Die Beistellung der inneren Einrichtung wäre vom Staatsamte für Heereswesen anzusprechen. Zu den Verpflegskosten möge die Gemeinde für jedes Kind täglich 1 Krone beitragen. Einen gleich grossen Betrag hätten die Vereine von den Eltern oder Vormunden der Kinder einzuheben. - Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Steinklamm. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Str. Max Winter über die weitere leihweise Ueberlassung der Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Steinklamm an die Gemeinde Wien bis 30. Juni 1919 und die prinzipielle Verpflichtung zur definitiven Uebernahme beider Lager von diesem Datum ab. Während der Zeit der leihweisen Ueberlassung werden beide Lager in der bisherigen Weise für die sozialpolitischen Aufgabe der Gemeinde verwendet. Die vom Stadtrate gebilligten Anträge gelangen in Gemeinderate zur Verhandlung.

GR. Dr. Haszala berichtet gegenüber dem Gemeinderat: Dr. Tanneberg, dass die christlich soziale Partei nicht mehr Schuld am Weltkriege hat, wie ~~man~~ die reichsdeutsche Sozialdemokratie. Der Führer der reichsdeutschen Sozialdemokratie Ludwig Frank hat sich ~~er~~ als einer der ersten als Kriegsfreiwilliger gemeldet. (Hufe Dr. Tanneberg nicht -- Heiterkeit) Die reichsdeutsche Sozialdemokratie hat sich im Weltkrieg grossartig gehalten, dafür wird sie jetzt ⁱⁿ dem Kampf von einem linksradikalen Sozialdemokraten, also einem engeren Gesinnungsgenossen des GR. Dr. Tanneberg in den Staub gezerzt. In der August Nummer 8 des „Kampf“ ist zu lesen, dass die sozialdemokratische Jugendorganisation in Deutschland die freiwilligen Bataillone ausgefüllt und an den chauvinistischen Treiben den tätigen Anteil genommen hat. Wenn sich Dr. Tanneberg über die Schuld am Weltkrieg infertieren will, dann empfehle ich ihm das Buch „Der Sozialismus im Weltkrieg“ seines reichsdeutschen Genossen David zu lesen. Ich stelle fest, dass unsere ganzen christlichsozialen Landtagskandidaten, soweit die der christlichsozialen Arbeiterpartei angehören sich nie für eine Verschlechterung des Gewerbeschulgesetzes erklärt haben. Ich will zum Schlusse nur einige zitieren, was der sozialdemokratische Führer Tarnertorfer über Dr. Tanneberg geschrieben hat: „Über jenen Dr. Tanneberg, der den deutschen Arbeiter auf ein niedriges Niveau hinabsinken will, über jenen Dr. Tanneberg in dessen Adern kein Blut, sondern Tinte fliesst.“ Ich will die anderen Zitate nicht vorbringen, aber wenn es Dr. Tanneberg gefällig ist, will ich ja alles zum Besten geben, was Tarnertorfer über ihn geschrieben hat. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

GR. Spalovsky stellt fest, dass nicht nur er, sondern eine Anzahl seiner Freunde sich ausdrücklich geweigert haben, für eine Verschlechterung des Gewerbeschulgesetzes zu stimmen und es nie seine Sache war sich des Mundes Dr. Pettai's oder eines anderen zu bedienen, da er seine Meinung öffentlich herauszusagen pflegte. Die Verbesserungen, die im Gewerbeschulgesetz erzielt worden sind, sind in erster Linie unserer Tätigkeit zu verdanken, wir haben keine Ursache solche Verdächtigungen, wie sie von Dr. Tanneberg vorgebracht wurden, anzunehmen. Wir haben auch keine Ursache unsere Ansichten infolge des Krieges zu wandeln. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Nach dem Schlussworte des Referenten Stadtrates Tomola, wird der Stadtratsantrag angenommen.

Die Anträge Untersüller, Hummelhardt und Dr. Tanneberg werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Tomola berichtet über die Subventionen für Weihnachtsbeteiligung, schliesst sich dem im Stadtrat gestellten Antrage, dass die Beteiligungen ohne Feierlichkeiten und ohne Dankeskundgebungen der Kinder vorgenommen werden, bemerkt aber, dass infolge der vorgeschrittenen Zeit, diese Massnahme heuer noch nicht geltend gemacht werden konnte.

GR. Schmitz schliesst sich ebenfalls den Anregungen im Stadtrate an, da es sich um verschämte Arme handelt, die die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen sich scheuen. Gegen ein Verbot der Weihnachtsfeiern sei er aber unbedingt Redner schildert dann die Tätigkeit der katholischen Wohltätigkeitsvereine und teilt mit, dass er selbst als Vinzenzbruder (Heiterkeit) -- GR. Hierhammer: Lachen Sie nicht!

GR. Breuer: Das ist eine Höhe! ... gewirkt und dass er bei Weihnachtsfeiern nichts für die Armen beschämendes herausgefunden habe.

GR. Professor Wolny: Die ganze christliche Bevölkerung war empört, als sie aus der Zeitung erfuhr, dass GR. Winter im Stadtrat den Antrag einbrachte, die Gewährung von Weihnachtssubventionen sei abhängig zu machen von dem Gelingen der künftigen Festlichkeiten. GR. Winter hat selbst bezüglich des sozialdemokratischen Vereines „Die Kinderfreunde“ erklärt, diese Stellen eine erweiterte Familie dar. Dasselbe sind die Vereine, welche zu Weihnachten Kinder betheilen. Zu dieser Beteiligung kommen nie die eigentlichen Spender und Wohltäter, sondern nur die Eltern so dass diese Weihnachtsteilung ein wahres Familienfest ist. Wenn vielleicht hier und da ein Missbrauch getrieben wird, so dürfe man doch nicht verallgemeinern. Ein jeder Angriff aufs katholische Weihnachtsfest müsse zurückgewiesen werden.

GR. Max Winter: Mein Antrag im Stadtrate wurde aus dem Gefühl der hohen Sittlichkeit geboren. Ich will aus den Proletariatskindern keine Bettelkinder machen, wir brauchen aufrechte Menschen und das müssen wir durch den Antrag zum Ausdruck bringen. Ich hoffe, das wir es durchsetzen, das wir den Kindern Kleider und Schuhe dann geben, wenn sie sie brauchen. Nach eingehender Begründung stellt Redner den Antrag: Den Vereinen die Kinder zu Weihnachten betheilen, wird empfohlen, von jeder öffentlichen Beteiligung der Kinder abzusehen, insbesondere aber, von jeder öffentlichen Dankesagung durch die Kinder.

GR. Hellmann: Durch öffentliche Dankesagungen wird der Charakter der Kinder in der schädlichsten Weise beeinflusst. Es wurden von katholischen Damen auch nachgefragt, ob das zu betheilende Kind ein eheliches oder uneheliches ist (Hört). Wir müssen soweit kommen, dass die Gemeinde aus

ihren Mitteln das gibt, was sie schenken können.

GRin. Proft: Meine Partei betrachtet die Vorlage des Referenten als eine Vorlage aus der vergangenen Zeit des letzten Gemeinderates, was auch der Referent betont hat. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um entgegen den Ausführungen des GR. Schmitz über Weihnachtsfeiern der Vereine meine Erfahrungen anderer Natur entgegenzustellen. Es handelt sich um die Weihnachtsfeier in einer Schule, an der ich selbst teilnahm und die auch den anderen längere Zeit im Gedächtnisse blieb, wo alle Kinder, ohne Unterschied, ob arm, ob reich betheilt wurden, was die Armen mehr bekamen, das haben sie bekommen ohne dass jemand davon wusste und das wäre ein Weg, den man betreten könnte. Es wird die Meinung verbreitet, dass durch eventuelle ~~zu~~ Wohltätigkeit nicht mehr existieren würde. Wir sprechen uns nur gegen die gegenwärtige Art der Beteiligung aus. In der Vorlage sind im ganzen 6000 Kronen und wenn es den Vereinen auf diese 6000 Kronen ankommt, tut mir die Wohltätigkeit leid. Gegen diese Art der Wohltätigkeit müssen wir uns wenden. Zum Schlusse beschwerte sich die Rednerin über die Abschaffung von Leuten die vor der Kirche in Ottakring sozialdemokratische Flugblätter verteilten, durch einen Funktionär der christlichsozialen Partei und bemerkt, dass letztere ungeschont in der Kirche Agitation betreiben. Ich habe eigentlich nur deswegen gesprochen, um die von den Vorgängern von drussen und von der Verfassung in welcher sich um ere Parteiengehörigen befinden, wenn wir bei solchen Anträgen die Hand erheben. Wir sind nicht gegen die Beteiligung, sondern nur gegen die Art und Weise derselben.

GRin. Frau Strobl weist darauf hin, dass die Kinder, die im 18. Bezirk betheilt werden, fast durchwegs der sozialdemokratischen Partei angehören. Sie würde sich damit befremden, dass die zu Weihnachten spendierten Kleider an die Schulen geschickt werden. Sie bemerkt schliesslich, dass wenn die ~~sozialdemokratischen~~ Sozialdemokraten Parteizettel vor der Kirche verteilten, dies den Anschein erweckt, als ob sie etwas verdecken wollten. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag angenommen. Der Antrag Winter wird genügend unterstützt.

VB. Neumann schliesst die Sitzung mit der Bemerkung: Nachdem die Tagesordnung nicht erledigt ist, wird es notwendig sein, zwischen Weihnachten und Neujahr noch eine Sitzung abzuhalten.

ren Mütter übertags außer Haus weilen, muß gesorgt werden, und da gebe ich die Anregung, daß, die in Bezirke bestehenden Horte während der Mittagspause die Kinder nicht übernehmen, daß auch ein solches Heim errichtet werde, eventuell in der Schule Wintergasse 34, um zur Mittagszeit die Kinder zu beaufsichtigen und zu verköstigen. Zum Schlusse danke ich als Vertreter des Bezirkes für die Unterstützung der Gemeinde und empfehle denselben auch weiterhin der gemeinderätlichen Fürsorge.

GR. Malcher macht darauf aufmerksam, dass das Gebäude nur mit einfachen Fenstern versehen sei, es müsse deshalb, wenn es auch im Winter benützt werden soll, rechtzeitig für einen genügenden Vorrat von Kohle gesorgt werden.

GR. Rummelhart begrüßt die Vorlage als ein neues Glied in der Kette der Fürsorgeaktionen, die die Gemeinde in den letzten Jahreshalben geschaffen hat. Er wünscht aber auch, dass für Einrichtungen für Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter in reichlicher Masse gesorgt werde. Er stellt den Antrag, die Gemeinde Wien möge dafür Sorge tragen, dass die von der Lehrlingsfürsorgekommission ins Leben gerufene Aktion Wiener Lehrlinge auf Land, die bis jetzt in Pottendorf und in Oberhollabrunn untergebracht waren, auch im kommenden Jahre fortgesetzt werde. Der Redner wünscht ferner, dass Rekonvaleszenten und Tuberkulosenheime für Jugendliche errichtet werden.

GR. Marie Schwarz gibt ihrer Freude über die rege Anteilnahme an der Jugendfürsorge und darüber Ausdruck, daß man der Familienerziehung soviel Wert beilegt. Wir müssen unsere Mädchen und Frauen eingehender zu Müttern erziehen, als es bisher geschehen ist. Die Mädchen müssen auf ihre häusliche Tüchtigkeit hingewiesen werden. Der Stadtrat möge besonders darauf dringen, daß in den in Frage stehenden Anstalten hauswirtschaftliche Abteilungen für Mädchen gegründet werden. Ich schliesse mich den Ausführungen des Gemeinderates Rummelhart vollinhaltlich an und stelle den Antrag: Zur Ausgestaltung des hauswirtschaftlichen Unterrichtes für Mädchen in den Erziehungsanstalten Steinkämm und Oberhollabrunn sind Frauen den Beratungen des Gemeinderates beizuziehen. (Beifall).

GRin Dr. Alma Seitz: Ich begrüße wärmstens den Plan, dass in Wien ein 2. Durchzugsheim errichtet wird, da die Anstalt in der Siebenbrunnengasse auch nicht annähernd ausgereicht hat. Es ist vor allem in sanitärer und hygienischer Hinsicht manche Unzulänglichkeit aufgetaucht. Es waren dort zwar weltliche Schwestern, die fachlich geschult sind, angestellt. Das dies dennoch nicht genügt hat, liegt daran, daß es an einer autoritären Stelle gefehlt hat. Es fehlte auch an der pädagogischen Leitung. Die Beamtenschaft hat sich schlecht und recht geplagt, mit den Kindern auf gleich zu kommen. Ich würde mir den Vorschlag erlauben, derartigen Mängeln dadurch vorzubeugen, daß eine hygienisch und pädagogisch geschulte und praktisch geübte Frau mit der Leitung ausgerüstet wird. Ein recht wunder Punkt in der Siebenbrunnengasse ist die Frage der Kostplätze. Da hat an Kräften gefehlt, die Erhebungen über die Kostfamilien durchführen; sie wurde mangelhaft oder gar nicht gemacht. Dem sucht man in letzter Zeit beizukommen, daß man mit dem deutschen Schulverein in Verbindung getreten ist, der mit seinen Gruppen verlässliche Kostfamilien auftritt und Erhebungen macht. Es würden sich auch Frauenvereine finden, die an lauffähige Gruppen besitzen und in einem Lokale in Umkreis brave Kostaltern ausfindig machen und sich ständig informieren. Sollen

gemeinnützige Fürsorgevereinigungen als Hilfsorgane herangezogen werden. Die Fürsorge für die Jugend verlangt die allergrößte Aufmerksamkeit und wenn es auf Grund der Erfahrung möglich ist, Mängel abzustellen, so wird jeder diese Möglichkeit gerne ergreifen.

Galt Dr. Hildegard Burjan: Unsere ganz besondere Aufmerksamkeit müssen wir den Mädchen über 14 Jahre zuwenden. In diesen 4½ Kriegsjahren hat die Moral unter der Jugend zwischen 14 und 20 Jahren einen furchtaren Tiefstand erreicht. (Sehr richtig). Wir haben in Wien allein das Aaylpital im 12. Bezirk wo gleichzeitig gewöhnlich 400 und oft mehr geschlechtlich erkrankte Mädchen untergebracht wärd. Es sind das gewöhnlich ganz junge Mädchen von 14 bis 15 Jahren, oft von 15 bis 16 Jahren. Sie werden gepflegt und dann wieder auf die Strasse gesetzt und der Weg zu ihrem alten Laster bleibt ihnen offen oder richtiger gesagt, es bleibt ihnen kein anderer Weg übrig. Die Stellen, die sich solcher Mädchen annehmen, sind viel zu wenig, wir brauchen auch für diese Mädchen Erziehungsheime oder wie sie immer heißen mögen. Wenn solche Objekte weiter von der Gemeinde herangezogen werden, so möge man auch an diese Mädchen denken. Es gibt auch eine Kategorie von Mädchen, für die noch gar nicht vorgesorgt ist, es sind dies, ich bitte den Ausdruck zu verzeihen, die ganz unverantwortlichen. Es ist ganz richtig heute bemerkt worden, daß nichts so ansteckend und gefährlich ist, wie wenn man die weniger schlechten zu den ganz schlechten Elementen gibt. Wir brauchen unbedingt ein Heim für ganz unverbesserliche zum Schutze für unsere anderen Anstalten und Erziehungsheime. (Zustimmung). Bezüglich einer Bemerkung der Frau Kollegin Müller möchte ich sagen, es klingt sehr demokratisch, daß wir ehrenamtliche Kräfte nicht brauchen und die gesamte soziale Arbeit von besoldeten Kräften besorgt werden soll. Man soll hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Zu keiner Arbeit gehört soviel Bildung und Schulung als zur sozialen. Es ist aber nicht gesagt, daß nur die besoldeten Kräfte, die sie haben, wir sollen auch die Frauen, die das Verantwortlichkeitsgefühl dafür haben, heranziehen, wenn sie auch keine Bezahlung verlangen. Man soll allen das staatsbürgerliche Gewissen anerkennen. Man soll das eine nicht ausschalten und das andere nicht forcieren. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß neben sehr tüchtigen bezahlten sozialen, ebenso tüchtige unbezahlte soziale Kräfte arbeiten. (Beifall).

GR. Hödl begrüßt es, daß der Wiener Gemeinderat in den letzten Jahren ganz besonders mit der Frage der Kindergärten beschäftigt hat. Die nationale Frage spielt da eine ungeheure Rolle. Wir haben in den Randbezirken Kinder in die Schule bekommen, die kein deutsches Wort sprechen konnten und da war der Kindergarten eine Voraussetzung für die Volksschule. Es ist notwendig, daß eigene Fürsorgerinnen herangebildet werden. Die Trennung der Fürsorge von der Schule hat das Beste für die Fürsorge selbst erzielt. Das Gefühl, das das Kind in der Schule ein Almosen oder einen Bittel empfängt, muß aus dem Herzen des Kindes genommen werden, sonst wird die Selbstachtung von vornherein getötet. Wenn einmal die Gesellschaftsprüfung so weit sein wird, daß jede Frau daheim bleiben und ihre Kinder selbst erziehen kann dann wird die Fürsorge wieder in das richtige Geleise kommen. Nicht nur die Kinder armer Eltern sind fürsorgepflichtig, sondern auch Eltern der sogenannten besseren Ständen mit den abgenutzten Gehirnen erzeugen Kinder, die fürsorgepflichtig sind. Ich wünsche, daß die Weihnachtsbescherungen nicht

in der Öffentlichkeit durchgeführt werden, sondern im Geheimen. Man soll denen, die bedrückt sind, etwas geben, aber nicht so, daß sie das Gefühl haben, daß sie etwas geschenkt bekommen. Die Weihnachtsbescherungen sind häufig nur Rechtfertigungen dazu, damit sich Leute, die viel haben, im Gefühl des Wohltuns sonnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

Während des nun folgenden Schlusswortes des Berichterstatter Stadtrat Winter kommt es zu einer lebhaften Szene. Der Berichterstatter kommt zu Beginn seiner Ausführungen auf die Rede des Gr. Wolny zu sprechen und wünscht, dass dessen Berufsgenossen auf die schädlichen Folgen des Kapitalismus hinweisen. Auf einen Zwischenruf eines Christlichsozialen sagt der Berichterstatter, die Sozialdemokratie ist älter als der Christlichsozialismus, was lebhaften Widerspruch und Gelächter bei den Christlichsozialen hervorruft. Berichterstatter Stadtrat Winter bemerkt darauf, wenn Jesus Christus während des Krieges auf Erden gewandelt und seine Lehren verkündet hätte, dann wäre er sicherlich geknechtet oder gekreuzigt worden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten! Rufe bei den Christlichsozialen: Das hätte die rote Garde besorgt.)

Stadtrat Winter: Ich möchte die Freiheit aller Religionen.

STR. Grünback: Nehmen Sie uns nicht unsere Überzeugung, wir reden auch nicht von den Juden.

GR. Roß: Das gehört nicht zum Referat. Die Debatte ist auf religiöses Gebiet geschoben worden.

GR. Effenberger: Überhört solche Provokationen.

Vorsitzender VBGM. Reumann: gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht den Berichterstatter nicht fort während durch Zwischenrufe zu unterbrechen und herauszufordern.

GR. Langer (Sozialdemokrat) Wenn Sie den Kampf haben wollen, wir nehmen ihn auf. (Neuerliche Zwischenrufe und Unruhe) Berichterstatter STR. Winter fährt nun in seinem Schlussworte fort und führt aus, dass das Fürsorgeministerium, das Flüchtlingslager Asparn an der Zaya für die Aufnahme Unverbesserlicher in Aussicht genommen habe. Nach zwei tatsächlichen Berichtigungen des GR. Wolny und der GRtin Müller werden die Referentenanträge einstimmig angenommen und die Zusatzanträge des GR. Rummelhardt unter der GRtin Schwarz und DR. Seitz genügend unterstützt.

VBGM. Rain übernimmt den Vorsitz.

GR. Ullreich berichtet über die Bestellung eines Baurechtes der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft " Heimhof " in XV. Pilgeringasse gelegenen Baustellen. (Angenommen)

StR. Tomola referiert über die Subventionierung von fachlichen Fortbildungsschulen.

GR. Untermüller (Christlich Social) wünscht die endliche Regelung des fachlichen Unterrichtes, insbesondere die Einführung des Tagesunterrichtes und Abschaffung des Sonntagsunterrichtes. Er stellt den Antrag die Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen werden in Zukunft nur dann bewilligt, wenn die Genossenschaften den Nachweis erbringen, dass sie in zielbewusster Weise auf die Einführung des Tagesunterrichtes und die Abschaffung des Sonntagsunterrichtes hinarbeiten. Die Entscheidung ob diesem Erfordernis Rechnung getragen wurde, soll der paritätische Ausschuss des Arbeiterfürsorgeamtes treffen. Im nächsten Jahre soll darüber berichtet werden, zu welcher Zeit der Unterricht erteilt wurde.

GRtin. DR. Alma Seitz spricht den Wunsch aus, dass die Genossenschaften mehr als bisher ihre gewerblichen Fachschulen den Frauen und Lehrlingen öffnen.

GR. Rummelhardt weist darauf hin, dass schon jetzt in vielen Gewerben der Tagesunterricht eingeführt ist, dass aber während des Krieges eine durchgreifende Regelung nicht möglich war. Er stellt den Antrag genossenschaftliche Schulen sollen in Zukunft nur dann subventioniert werden, wenn für die Lehrlinge des betreffenden Gewerbes keine fachliche Fortbildungsschule besteht, oder wenn die genossenschaftliche Schule eine über das Mass des Lehrplanes der fachlichen Schule hinausgehende Fortbildung vermittelt.

Dr.

GR. Danneberg: Wir Sozialdemokraten werden für die Subventionen der Fachschulen stimmen, obzwar in der ganzen Frage der gewerblichen Schulausbildung und des Lehrlingswesens viel zu beanstanden ist. Beim Berichte selbst fehlen die Daten, was diese Fachschulen für Einnahmen und für Ausgaben haben. In der heutigen Sitzung wurde bereits viel gesprochen von Hilfen für alle möglichen Dinge. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Hauptursache von aller Not der Krieg ist, dessen Verschulden eine Politik, an der Ihre Partei.....(stürmische Zwischenrufe GR. Rummelhart: Es wird nichts wie provoziert! Das ist eine öffentliche Verleumdung!) GR. Danneberg: Die Wahrheit ist halt unangenehm zu hören, aber sie muss gesagt werden.

Der Redner stellt schliesslich folgenden Antrag: Den Genossenschaften ist bei Auszahlung der Subventionen der Fachschulen mitzuteilen, daß eine Subvention für das nächste Schuljahr nur dann erfolgt, wenn ab Herbst 1918 der Unterricht nur an Wochentagen stattfindet und spätestens um 6 Uhr abends endet.

GR. Ellen stellt folgenden Antrag: Bei den diversen Militärbauleitungen sind verschiedene Arten von Ziegel, Eisen, Zement, etc. noch vorhanden, die für die projektiert gewesenen Baten nicht mehr Verwendung finden. Da in Wien jedoch ein grosser Mangel an diesem Baumaterial herrscht, sei eine Kommission einzusetzen, welche die entsprechenden Erhebungen zu pflegen hat, um die vorgedungenen Baumaterialien dem Wiener Bauhandwerke zuzuführen.

GR. Ellend beantragt mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Bauhandwerkes die Einsetzung einer Kommission von Fachleuten, welche Erhebungen zu pflegen habe, wieviel unfertige Bauten derzeit in Wien bestehen, mit deren Besitzern und Interessenten in Verbindung zu treten, um ein Uebereinkommen darin zu treffen, dass gegen entsprechende Sicherstellung von Seite der Gemeinde die Beistellung der Rohmaterialien verfügt werde, um damit der bestehenden Wohnungsmangel und Arbeitslosigkeit teilweise zu steuern. Die Kommission sei zu beauftragen, binnen 4 Wochen dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Dr. Hendla stellt einen Antrag, betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der Beirpersonen an den Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder und führt aus: Seit dem Jahre 1885, dem Gründungsjahre der ersten Wiener Hilfsschule an Währing, ist die Frage der Erhaltung der in 8 Wiener Gemeindebezirken bestehenden Hilfsschulen für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder mit insgesamt 53 Hilfsschulklassen eine unregelmässige. Ebenso ungeklärt wie die Erhaltungfrage der Hilfsschulen sind bis jetzt die Rechtsverhältnisse der Hilfsschullehrerschaft. Der Hilfsschullehrer ist heute ein Volksschullehrer, der für den Unterricht an der Hilfsschule eine Remuneration bezieht, deren Bezug jedoch im Falle der Erkrankung oder Einrückung des Lehrers zum Militärdienste eingestellt wird. Bei der Bemessung der Kriegszulage wird die Remuneration nicht in Betracht gezogen, desgleichen nicht bei der Pensionierung einer Hilfsschullehrkraft. Und doch sind die Hilfsschullehrpersonen Lehrpersonen in Hauptamte und nicht im Nebenamte. Für den Unterricht an Hilfsschulen wird eine spezielle Fachprüfung verlangt, welche eine vertiefte Aneignung mehrerer ganz neuer Fächer verlangt. Die Arbeit bei nervösen geistig zurückgebliebenen Kindern ist ausserordentlich aufreibend und stellt der Unterricht die höchsten Anforderungen an die Geduld und Ausdauer des Lehrers. Neben dieser anstrengenden Arbeit in der Klasse warten des Hilfsschullehrers noch die ausgedehnten Fürsorgearbeiten im Interesse der Schulentlassenen. Er beantragt daher unter anderem die Hilfsschule als öffentliche selbstständige Schule anzuerkennen, an jeder Hilfsschule eine definitive Leiterstelle zu systematisieren, die definitiven Lehrpersonen in allen Bezügen und Rechten den definitiven Bürgerschullehrkräften gleichzustellen. Den Hilfsschullehrpersonen die nach den vorstehenden Bestimmungen sich ergebenden Mehrbezüge bis zu einer gesetzlichen Regelung als Zulage zu ihren gesetzlichen Bezügen aus Gemeindemitteln zu bewilligen.

GR. Knoll stellt den Antrag, die Gemeinde Wien im Einvernehmen mit dem Staate wolle eine Gesellschaft ins Leben rufen, welche für die Industriellen und Gewerbetreibenden Rohstoffe importiert, beziehungsweise aus dem Inlande zur Verfügung stellt, um diese Betriebe erzeugungsfähig zu machen.

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag: Alla nach abgelegter Bürgerschulprüfung in provisorischer oder definitiver Verwendung an Bürgerschulen anfallenden Triennien werden um 50 K erhöht, um die jungen Lehrer zur raschen Ablegung der Prüfung zu veranlassen, damit die Bürgerschule vollkräftige von Idealen erfüllte Lehrkräfte erhält. Die Ersatzzulage für Lehrer in nichtleitender Stellung wird festgesetzt, wie folgt. Bei der 7. Zulage mit K 200.-, bei der 8. mit K 200.- und bei der 9., die mit 29 Dienstjahren erreicht wird, mit K 400.- Das Quartiergeld ist nach 4 Dienstjahren mit 1200 Kronen, nach 8 Jahren mit 1500, nach 13 Jahren mit 1900 Kronen festzusetzen.

GR. Sodlak stellt folgenden Antrag: Der Stadtrat möge entweder im Kreise eigener Arbeiten oder durch ehestige Bestellung eines besonderen Ausschusses die Frage der Versorgung Wiens mit Elektrischer Kraft durch Ausbeutung der Wasserkraft der Donau oder andere im Lande Niederösterreich (Obere Erlauf, Obere Ybbs, Untere Enns, Kampfluss) gelegenen Wasserkraft mit thunlichster Beschleunigung in Beratung ziehen. sich mit dem der Republik Deutschösterreich glücklicherweise zur Verfügung stehenden hervorragenden Fachmännern ehestens in Verbindung zu setzen, um den Plan, der eine Lebensfrage für Wien bedeutet zu verwirklichen.

GR. Hellmann beantragt die Schaffung eines neuen Gehaltgesetzes mit Gleichstellung der Volksschullehrer und der Magistratsbeamten Ferner Gleichstellung der Lehrerinnen mit den Lehrern, Aufhebung der Lehrstellen 2. Klasse, Definitivum nach abgelegter Lehrbefähigungsprüfung für Volksschullehrer und Dienstalterszulagen alle 2 Jahre. Abschaffung des Substitutionsunwesens und Erhöhung der Leiterzulagen.

GR. Rumelhart beantragt, dass die Heimkehrer, welche schon früher im städtischen Dienste als Diarriesten standen, sofort wieder in den Dienst aufgenommen werden.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Referate des VZBGM. Reumann und des GR. Vaugoin über Herstellung von Klein- und Mittelstandswohnungen werden über Wunsch aus dem Plenum auf die nächste Sitzung verschoben. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VZBGM. Hoss berichtet über Bewilligungen von einzelnen Weihnachts- und Neujahrgeldern für städt. Bedienstete. Die Anträge werden genehmigt.

GR. Max Winter legt die Berichte über die Errichtung eines Durchzugsheimes für Kinder in ehemaligen Kinderhorten der Flüchtlingszentrale und über die vorläufige Verwendung und dauernde Erwerbung der Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Steinklamm. Er führt dabei aus: Die Referate beinhalten die erste Aktion der Fürsorge der Gemeinde für verwahrloste Jugend. Bei diesem ersten Schritt und die praktische Betätigung müssen wir uns darüber klar werden, wieviel wir überhaupt auf diesem Gebiete leisten können. Die Verwahrlosung der Jugend ist nicht eine Geburt des Krieges, obwohl sie der Krieg ins Ungemessene gesteigert hat, sondern sie ist so alt, wie der Kapitalismus, denn die Eltern werden den Kindern genommen, wenn man sie zu Lohnsklaven macht. Die Fürsorge ist nur ein Schritt mehr zum Menschentum, denn was uns vor schwebt ist, dass wir künftighin an Stelle der Fürsorge

die Vorsorge setzen, dass die Kinder nicht verwahrlost werden. Dafür gibt es keine bessere Lösung, als dass wir die Eltern von dem Drucke der kapitalistischen Gesellschaftsordnung befreien. Die Partei, der ich angehöre, weisse allerdings dass dieser Schritt nicht von heute auf morgen gemacht werden kann, aber ich möchte doch den Satz aussprechen, dass Spielwiesen billiger als Tuberkulosenheime sind und dass es billiger, menschlicher und schöner ist, wenn wir die Jugend bei Zeiten mit guten Menschen und guten Büchern in guten Räumen umgeben, als dass wir später für die Jugend Fürsorgeeinrichtungen und wenn die nicht ausreichen Besserungsanstalten und schliesslich Kerker schaffen müssen. Die Gemeinde Wien macht nun mit den vorliegenden Referaten einen wirklich ernsten Schritt nach vorwärts.

GR. Wolny: Ich gebe meiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass jene alten Sozialdemokratischen nebulösen Vorstellungen von der „grossen Weltkaserne“ endlich fallen gelassen worden sind. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: „Wer hat die gemacht“?) Ich kenne den Zwischenrufer persönlich nicht, kann aber sagen, dass ich lesen und hören habe. Es gereicht mir zur Befriedigung, dass wir uns endlich auf beiden Seiten auf dem einzig richtigen Boden der Kindererziehung gefunden haben und das ist die Familie. Wir waren auch nicht einverstanden mit der alten Bezeichnung der Fürsorgeanstalten; das Land hat in Eggenburg nicht mehr eine Besserungsanstalt, sondern ein Erziehungsheim. Betreffs des Durchzugsheims im XX. Bezirk appelliere ich an das Jugendamt, es möge nicht in den Fehler verfallen, in welchen die grosse Fürsorgeaktion „Wiener Kinder nach Ungarn“ verfallen ist, dass man Kinder mit Familien anderer Konfession zusammengesperrt hat. Ich will gewiss nicht sagen, dass es mit Absicht geschehen ist.

GR. Dr. Scheu: Hoffentlich!

GR. Wolny: Ich bedauere ausserordentlich, dass ein Mensch eine solche Bemerkung macht (Zwischenrufe des GR. Neustadtl) Das ist eine solche Reizbarkeit, wenn ich das Wort Konfession ausspreche, denkt er nur an das Judentum, als wenn es auf der Welt sonst keine Konfession gebe. Diese Klagen kamen nicht von den Kindern, sondern von der Ungarischen Gesellschaft. In rein katholische Gemeinden wurden protestantische oder jüdische Kinder zugewiesen (Zwischenrufe.) Herr Dr. Scheu wir denken uns die Republik so, dass jeder nach seiner Paeon leben kann. Freiheit auch für uns Katholiken (Beifall bei den Christlich-Sozialen) Der Redner schliesst nach Besprechung der Ausspeisung und der Ausgaben für Haushaltungskunde mit der Bitte den Gemeinderäten Gelegenheit zu geben, dass durchzugsheim in 20. Bezirk zu besichtigen.

GRin Anitta Müller: Ich bin für die Anträge des Herrn Referenten, da wir Frauen aller Parteirichtungen alle Bestrebungen unterstützen, die das Elend der Kinder zu lindern suchen. In dieser Uebergangszeit wollen wir alle gemeinsam Staat und Gesellschaft unsere Kräfte anbieten, um den Kindern zu helfen. Wir sind immer für Kinderheime und Spielplätze aufgetreten, wir haben uns immer gewehrt für Kasernen Schulen und so weiter, wir traten immer für den Mutterschutz und für die Jugendfürsorge ein. Wir Frauen sind die berufensten Vertreterinnen, auch wir sind dafür, dass die Familie dem Kind erhalten bleiben muss, und dass das Kind in die Familie gehört. Vorerst muss die Proletarierfrau in die Familie zurück, denn die abends müde Arbeiterfrau ist keine Erzieherin für ihre Kinder. Wir Frauen, die wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge gearbeitet haben, treten aber dafür ein,

das uns geeignete Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden. Wir arbeiteten bisher äusserst erschwert, da uns solche nicht zur Verfügung standen, da nur Leute nach ihrem Vermögen oder nach der Stellung, die ihr Mann einnimmt, an unserer Seite waren. Ich trete daher dafür ein, dass an Stelle dieser berahlten Kräfte zur Seite gestellt werden. Bisher hat es an solchen gefehlt, weil der soziale Beruf der schlecht bezahlteste war. Im Nachhange zu dem Referat über das Durchzugsheim tut es mir leid, bedauern zu müssen, dass es nur für 40 Kinder geschaffen wurde. Bei dieser Gelegenheit muss ich das unerquickliche Kapitel von der Sietenbrunnengasse streifen. Das Gebäude, der städtischen Kinderübernahmestelle gleicht alles eher, als einem Kinderheim, es gleicht einem Gefängnis. Errichtet wurde diese Stelle vor vielen Jahren. Der Raum entspricht nicht der Anzahl der dort untergetrachten Kinder. So ist der Belag im Jahre 1909 von 1186 Kindern, im Jahre 1913 auf 4761 Kinder gestiegen, also um 3585 mehr, als dort sein sollen. Sie verfügt über dreihundert Betten, meist sind dort 800 Kinder täglich untergebracht, sodass 10 Kinder in 4 Betten schlafen müssen. Auf der Säuglingsabteilung, die übrigens in bester Ordnung ist, herrscht eine Sterblichkeit über 50%, ebenfalls wegen Raumangel. Krätze und Mundfäulnis herrschen dort vor und einzelne Kinder haben die Folgen noch nach vielen Jahren zu tragen. Knochentuberkulose wird nicht isoliert. Schwachsinnige, taube und blinde Kinder sind mit anderen Kindern in einem Raume untergebracht, der zugleich Schlaf- und Wohnzimmer ist. Nun muss auch berücksichtigt werden, dass eine Menge von Kostkindern, die aus Böhmen und Mähren stammen, weiters durch die Einstellung der Unterhaltsbeiträge sich die Anzahl der Kinder um ein bedeutendes vermehren werden. Wenn die Stadt Wien Steinklamm und Oberhollabrunn für verwahrloste Kinder in Aussicht nimmt, so bitten wir in erster Linie, dass die verwahrlosten Kinder aus der Sietenbrunnengasse Berücksichtigung finden, wo sie in drei Tagen und wenn es ge-

scheite Kindern sind, schon in drei Stunden verwahrlosen, wenn die menschliche Gesellschaft weigert sich, verwahrloste Kinder zu übernehmen. Ich habe einen Versuch unternommen und 60 Kinder aus der Sietenbrunnengasse in Wien unterzubringen versucht, was aber ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wir bitten also, dass man sich der Kinder in der Sietenbrunnengasse besonders annehme.

GR. Koppensteiner: Das in Betracht kommende Gebäude hat den Geburtsfehler ohne Hof zu sein, wo die Kinder Luft schöpfen könnten. Was allerdings dadurch gut gemacht werden könnte, das man die Kinder in den Angarten führt. Als pädagogischer Leiter der Kindergärten des 20. Bezirkes mag ich für die Errichtung der zahlreichen Kindergärten der Gemeinde Wien in dankenswertester Weise erinnern. Durch Schaffung des Jugendamtes, dessen bewährter Leiter Direktor Gold ist, und durch eine Reihe von Anträgen, des verehrten Stadtrates Tomola hat die Gemeinde Wien ein staatliches Gebäude erstehen lassen. Bei dieser Gelegenheit will ich einen Wunsch der Bevölkerung des 20. Bezirkes, der exponiert ist und von Bewohnern der ärmeren Schichten erfüllt ist, und zwar nach Errichtung weiterer Kindergärten, insbesondere der Errichtung des Rosegger-Kinderheimes aussprechen. Die Gemeinde hat bereits den Grund angekauft, und ich glaube, dass es nicht schwer sein wird, diesem Wunsche zu entsprechen. Auch für die Gruppe der gefährdeten Kindern, de-

Herrn Dr. Weiskirchner: Ich sehe den Vorschlägen der Arbeiterschaft entgegen und es wird mir dann Ehre und Pflicht sein, die Herren und Damen, die für die Bezirksvertretung nominiert werden, auf ihren Platz einzuführen. Ich bin nicht verpflichtet gewesen, dem Herrn GR. Dr. Hein von der Vereinbarung zwischen der christlichsozialen und sozialdemokratischen Partei Kenntnis zu geben, ich habe es als höflicher Mensch getan und mir gedacht, er soll auch davon wissen, und wenn er gerechtfertigte Wünsche äußert, würde es bei beiden Volksparteien gewiss keinen Anstand begegnen. Nachdem aber Herr Dr. Hein von brutaler Vergewaltigung spricht, werde ich mich um ihn weiter nicht kümmern, sondern die Vereinbarung dem Landeshauptmann vorlegen damit er sie genehmigt, damit die Bezirksvertretungen konstituiert werden, ob es Herrn Dr. Hein recht oder nicht recht ist. (Beifall)

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Es wird bald ein Jahr vorüber sein, seit der Bezirkswirtschaftsrat der Stadt Wien keine Sitzung abgehalten hat, ein klarer Beweis dafür, wie die von Ernährungsamt geschaffenen Institutionen sich bewähren und funktionieren. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, Massnahmen zu treffen, damit dem Bezirkswirtschaftsrat Arbeiten zugewiesen werden oder derselbe aufgelöst werde?

HGM. Dr. Weiskirchner antwortet: Der Bezirkswirtschaftsrat hat aus inneren und äusseren Gründen eigentlich nie eine ordentliche Tätigkeit entfaltet. Der innere Grund ist der, dass die von mir ins Leben gerufene Obmännerkonferenz im Einvernehmen mit allen Parteien immer die notwendige Massnahme getroffen hat, und der äusserliche Grund ist der, dass die k.k. Statthalterei zu bestehen aufgehört hat. Nur zweimal hat dieselbe diesen Rat um ein Gutachten ersucht, die in zwei Sitzungen erledigt wurden. Mit der Statthalterei haben nun auch die früheren Organisationen zu bestehen aufgehört und bin ich daher nicht in der Lage den Bezirkswirtschaftsrat einzuberufen. Es wird Sache des neuen Gemeinderates sein, zu erwägen, ob wir einen Ernährungsausschuss oder welche andere Institution ins Leben berufen werden.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Die Baumwollzentrale hat noch ungeheure Mengen von Stoffen; nicht allein in Wien herrscht Stoffmangel, sondern diese Vorräte würden sich glänzend als Kompensationsmittel für Lebensmittel eignen. Nun erfahre ich, dass nach Jugoslawien bereits italienische und französische Stofffabrikate eingeführt werden und uns dieses Gebiet für den Lebensmittelaustausch konkurrenzirt wird. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt zu verlangen, dass durch gerichtlich geordnete Sachverständige das Lager der Baumwollzentrale aufgenommen wird und von diesen Sachverständigen Vorschläge ausgearbeitet werden, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten.

HGM. Dr. Weiskirchner: In dieser Interpellation wird die Frage von Kompensationen berührt, die wir hergeben wollen, um Lebensmittel und Kohlen zu erhalten. Die ganze Frage fällt ausschliesslich in die Kompetenz des Ernährungsamtes und entzieht meiner Wirksamkeit. Ich stehe auf den Standpunkt, dass die angesammelten Stoffe und die angehäuften Bekleidungswaren nicht zu Kompensationen zu verwenden seien, sondern der Bevölkerung zugeführt werden sollen, damit wir unsere Familien in erster Linie damit betheiligen können. Ich werde also in diesem Sinne auch meine weiteren Schritte verfolgen.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Unter den Kriegsverdienern ist die Steuerpflicht im immer grösserem Massstabe zu bemerken und ich glaube, dass vom Staatsamt für Finanzwesen doch Massnahmen dagegen getroffen wurden. Es wird deshalb gefragt: Sind dem Bürgermeister noch keine Massnahmen bekannt, die sich gegen die Steuerpflicht richten?

HGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Hier hat der Herr Interpellant eine österreichische Eigentümlichkeit berührt. Nach meiner Meinung ist auch hier der Ausweg zu spät. Heute schon am Platz. Früher hätten solche Gesetze geschaffen werden sollen, um die Abwanderung der Kriegsgewinnsgelder in die Schweiz und in das neutrale Ausland zu verhindern. Trotzdem bin ich auch heute natürlich noch bereit das Staatsamt für Finanzen um entsprechende Massnahmen zu ersuchen. Ob sie noch so wirksam sein werden, wie vor einem halben Jahr, möchte ich bezweifeln.

GR. Schäfer interpelliert wegen eines ohne Beaufsichtigung auf den Gründen der ehemaligen Adria Ausstellung aufgefundenen Lagers von Handgranaten und Explosivstoffen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Der Magistrat wird behufs Feststellung jener Unterkunfts- und Ausrüstungsanstalten, in denen sich etwa noch Explosivstoffe befinden könnten, zunächst das Einvernehmen mit dem Staatsamt für Heerwesen pflegen und sodann im Bedarfsfall das Erforderliche veranlassen.

Es ist ungemein bedauerlich, dass durch die Raschheit und völlige Unordnung der Sachdemobilisierung sich solche Ereignisse vollziehen.

GR. Hermann Fischer stellt folgende Anfrage: Ist es dem Bürgermeister bekannt, dass viele Spitalsabteilungen der Zentralbettenausweisstelle weniger Betten angeben, als in der Tat vorhanden sind. Gedenkt er sich mit den diversen Faktoren und kompetenten Stellen der Landesregierung ins Einvernehmen zu setzen, dass derartige Vorkommnisse vermieden werden. Gedenkt er anzuregen, dass in der Zentralbettenausweisstelle abwechselnd ein Direktor der Wiener Krankenanstalten oder sein Stellvertreter Dienst macht, der das Recht besitzt, sich entweder von dem Bettenmangel in einem Spital persönlich zu überzeugen, oder direkt einem Spital den Auftrag zu geben, dass für gewisse Fälle unter allen Umständen Platz gemacht werden muss? Wenn für manche interessante Fälle oder für vom Stadtrat empfohlene Patienten Platz geschafft werden kann, müsste es der Bürgermeister durchsetzen können, dass der wirkliche Bettenmangel nicht noch durch gewisse Unarten zu einem grossen Uebelstande heranwächst.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Den Schwierigkeiten kann nur begegnet werden, wenn es gelingt, das Spitalsprogramm durchzuführen und eine Vermehrung der Spitalbetten zu erzielen. In Betracht kommt insbesondere die Übernahme des Landwehrspitals in der Breitenseerkaserne, der Kriegsspitaler 1 und 2 und die Erbauung eines neuen Spitals im 21. Bezirk. Der Bettenmangel wird auch daher, dass auf den Kliniken Angehörige des polnischen ukrainischen und auch tschechoslowakischen Staates liegen. Es ist ja unsere Pflicht, auch diese Patienten zu versorgen, wie können aber annehmen, dass die Kranken in ihren eigenen Staaten späterhin jene Kliniken finden werden, die zu ihrer Heilung notwendig sind.

GR. Schorsch stellt folgende Interpellation: In der Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke ist ein Zettel affigiert das Inhaltes: Für Dienstzwecke werden Revolver und Pistolen samt Munition gekauft. Jene Heimkehrer, welche im Besitze solcher Waffen sind, und sie zu verküßern gedenken, mögen sie der Werkeleitung gegen Vergütung übergeben. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass diese Aufforderung entfernt werde und dass Waffen und Munition, die auf Grund einer solchen Aufforderung angekauft wurden und Eigentum des österreichischen Staates sind, diesem zurückgestellt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke hat bekanntlich nicht nur in Wien, sondern auch in den auswärtigen Betrieben wie Ebenfurth und Zillingsdorf während der letzten Kriegsjahre die Lebensmittelbeschaffung für ihre Angestellten auf sich nehmen müssen und besitzt daher in den genannten Orten grössere Lebensmittellager. Dieselben waren insbesondere in Ebenfurth und Zillingsdorf, bezw. Neufeld infolge der durch den Zusammenbruch des Hinterlandes und der anfangs ungeordneten Zurückführung der heimkehrenden Truppen eingetretenen Unsicherheit stark gefährdet und mussten daher vor allfälligen Plünderungen geschützt werden. Zu diesem Zwecke wurden aus den angestellten des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth und des Bergwerkes Mauthausen gebildet, welche mit Handwaffen ausgerüstet werden sollten. Da solche in Waffenhandlungen nicht aufzutreiben waren und wegen Dringlichkeit ihrer Beschaffung umständliche Eingaben an die Heeresverwaltung nicht erst eingebracht werden konnten, gleichzeitig aber bekannt war, dass zahlreiche Militärpersonen eigene Handwaffen besitzen, wurden diese aufgefordert, dieselben der Direktion zu dem angegebenen Zwecke käuflich zu überlassen. Die Verleitung der Heimkehrer zur Abgabe kriegslicher Waffen war selbstverständlich niemals beabsichtigt und wäre unter allen Umständen von dem Verkäufer ein Nachweis seines Eigentumsrechtes an der zu verkaufenden Waffe verlangt worden. Uebrigens wird noch bemerkt, dass Waffen auf Grund dieser Aufforderung nicht angeboten worden sind und es daher zu keinem solchen Kaufe gekommen ist.

GR. Edmund Melcher stellt folgende Interpellation: Der österreichische Ingenieur- und Architektenverein hat eine Sammelstelle für heimgekehrte Techniker geschaffen, um Ingenieuren und Architekten, die stellenlos sind, Posten zu sichern, die ihrer Bildung und Befähigung entsprechen. Neben den Technikern muss aber auch Sorge getragen werden für die vielen Baumeister, von denen Hunderte in den Schützengräben gelegen und die ihr Blut für das Vaterland vergossen haben. Auch die Baumeister hoffen auf ausreichende Arbeit und lohnenden Erwerb. Um dieses Ziel zu erreichen erscheint es mir notwendig, die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters neuerlich auf die Untergrundbahn zu lenken. Ich erlaube mir daher die Anfrage, in welchem Stadium befindet sich die Angelegenheit der Untergrundbahn und ist der Bürgermeister geneigt, dem provisorischen Gemeinderat die Gelegenheit zu geben, sich mit der Frage der Untergrundbahn zu beschäftigen?

HGM. Dr. Weiskirchner: Meine Damen und Herren! Mit der Frage der Untergrundbahn können wir uns erst wieder in dem Augenblick befassen, wo wir über den zukünftigen Weg klar sind, den Wien einzuschlagen hat. Wir wissen heute nicht, bleibt Wien die Hauptstadt des kleinen und dürftigen Staates Deutschösterreich, tritt Wien in irgend ein Verhältnis zu Deutschland oder einer, die aus dem alten deutschen Reich sich bildenden Teilrepubliken, ist es möglich, dass die Donaustaaten sich zu einem wirtschaftlichen Donaubund freier Staaten vereinigen, ich weiss es nicht, davon wird aber die Zukunft erstens abhängen und davon wird auch abhängen, welche Komunalpolitik der Wiener Gemeinderat sich einzuschlagen bemüsstigt findet. Ob wir eine Untergrundbahn brauchen, kann ich jetzt nicht sagen. Es gibt genug Notstandsbauten zur Unterbringung von Technikern und zahllosen Arbeitern, dass gerade nicht das unendlich kostspielige Projekt von Untergrundbahnen in Angriff genommen werden muss, ohne der Rentabilität in der Zukunft versichert zu sein.

Die GR. Domes, Heitzinger und Grollig stellen den Antrag, die Subvention des Wiener Volksbildungsvereines mit Rücksicht auf sein grosses verdienstvolles Wirken auf 5000 Kronen jährlich zu erhöhen.

Der Antrag wird der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag: Eine langjährige Forderung der Hausbesorgerchaft geht dahin, dass sie von der Trottoirreinigung befreit und diese von der Gemeinde Wien übernommen werde. Die enormen Preise, die heute für die erforderlichen Gerätschaften bezahlt werden müssen, bedeuten eine grosse materielle Belastung des meist unzureichend entlohnten Hausbesorgerstandes. Die Reinigung liegt im Interesse der Allgemeinheit, so dass nicht der einzelne Hausbesitzer oder dessen Hausbesorger hierzu herangezogen werden kann, sondern eine öffentliche Körperschaft hiefür sorgen muss, dies aber kann nur die Gemeinde Wien sein. Der Gemeinderat wolle daher beschliessen: Die Trottoirreinigung wird in die Eigenregie der Gemeinde Wien übernommen.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag: Der Magistrat der Stadt Wien wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Hausbesorgerorganisationen über den Bestand und die Zahl gesundheitsschädlicher Hausbesorger-Wohnungen Erhebungen zu pflegen, diese Räumlichkeiten durch Kommissionen, der auch Vertreter der Hausbesitzer- und Hausbesorgerorganisationen beizuziehen sind, untersuchen zu lassen und den Gemeinderat hierüber binnen vier Wochen Bericht zu erstatten.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag, der Dienerschaft der Gemeinde Wien an Stelle des jährlichen Schuh-Pauschaltes von K 16.- ausnahmsweise einmal jedem Diener für das Jahr 1919 ein Paar Lederschuhe in natura auszufolgen. Dieser Beschluss ist im Monate Jänner 1919 durchzuführen.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag: Die Aushilfsdiener im Dienste der Gemeinde Wien einschliesslich der Schulen, Bezirksämter und Bezirksvertretungen werden als definitive Dienststellen systemisiert. Die bisherigen und neu eintretenden Aushilfsdiener werden nach Ablauf einer einjährigen, zufriedenstellenden Dienstleistung zu definitiven Dienern ernannt.